

## **Beispiel von Forderungen an die Kandidierenden zur Kommunalwahl**

### **1. Zur Erinnerung nochmals die Kinderrechte**

1. Gleichheit
2. Gesundheit
3. Bildung
4. Spiel und Freizeit
5. Freie Meinungsäußerung und Beteiligung
6. Gewaltfreie Erziehung
7. Schutz im Krieg und auf der Flucht
8. Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung
9. Elterliche Fürsorge
10. Besondere Fürsorge und Förderung bei Behinderung

### **2. Viele Rechte werden nicht erfüllt:**

**Beispiele, wo es bei uns mit den Rechten nicht so gut klappt:**

- Die neue Pisa Studie belegt, dass das Recht auf Bildung nicht allen Kindern und Jugendlichen gewährt wird. Der Bildungserfolg hängt entscheidend von der Bildungsnähe der Eltern ab. Dies verstärkt sich jetzt nochmal durch die Corona Krise.
- Es gibt einen Zusammenhang zwischen Armut und gesunder Ernährung
- Das Angebot an Freizeiteinrichtungen ist zwischen den Kommunen sehr unterschiedlich, die unterschiedlichen Kinder und Jugendförderpläne der Jugendämter sehen hier ganz unterschiedliche Förderungen vor.
- Asylbewerberkindern wird der Zugang zu vielen Rechten verwehrt.
- Die steigende Zunahme an „Inobhutnahmen“ ist Beleg für Gewalt und sexuellen Missbrauch von Kindern
- Partizipationsformen von Kindern und Jugendlichen sind sehr unterschiedlich zwischen den Kommunen
- Erziehungsberatungsstellen und Kindertagesstätten schildern vermehrt Problemlagen, dass Probleme zunehmen und bei denen die Elterliche Fürsorge nicht gewährt wird.
- Usw. sicherlich fallen euch noch mehr Problemanzeigen ein

### **3. Forderungen an die Kommunalpolitik**

**Aus den oben genannten Problemnennungen könnt ihr Forderungen an die Kommunalpolitiker formulieren.**

**Hier einige Beispiele:**

- Eine partizipative Haltung zu entwickeln, die Kinder und Jugendliche als Einwohner\*innen mit gleichen Rechten betrachtet, anstatt als gesellschaftliche Subjekte.
- Dem Vorurteil entgegenzutreten, Jugendarbeit sei eine „freiwillige Leistung“. die Finanzierung der Jugendarbeit, vor dem Hintergrund der steigenden Gesamtausgaben in der Jugendhilfe, mit einem angemessenen Anteil des Jugendhilfe-Etats sicherzustellen.

- Neben den im (Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) vorgegebenen Beteiligungsstrukturen der Jugendringe und -verbände sind bestehende Formate in ein kommunales Partizipationskonzept zu integrieren und Partizipationsformate und -strukturen im Sinne junger Menschen zu vernetzen und freie Träger (z.B. Jugendverbände, Caritas ,..) zu beteiligen.
- Ein Konzept zur Sicherstellung der Interessensvertretung junger Menschen in den Politikfeldern der Kommunen ist zu erarbeiten und entsprechende Verfahren zu erproben.
- Die digitale Infrastruktur ist deutlich auszubauen, die medienpädagogische Arbeit zu intensivieren und Potenziale in den Bereichen E-Partizipation oder E-Learning zu entwickeln.
- Den Ausbau von Radwegen und ÖPNV-Netzen stark zu forcieren und klima- und nutzerfreundliche Mobilitätskonzepte in jeder Kommune und kommunenübergreifend sind zu entwickeln.
- Sich für ein landesweites Jugendticket für 1,- €/Tag einzusetzen und den Tarifschub im ÖPNV in NRW zu lichten.
- Die Strukturen der demokratischen kommunalen Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu stärken und zu schützen.
- Rechten Parolen entschieden entgegenzutreten und sich solidarisch mit allen Demokrat\*innen zu zeigen!
- Freiräume für junge Menschen zu schaffen, attraktiv zu gestalten und zu erhalten. jungen Menschen in Konfliktsituationen auf Augenhöhe zu begegnen.
- Ferienfreizeiten und internationale Jugendbegegnungen stärker zu fördern, um Erholung und internationale Erfahrungen für alle jungen Menschen zu ermöglichen.
- Alle politischen Entscheidungen an den Kriterien Generationengerechtigkeit, CO2-Neutralität und Nachhaltigkeit auszurichten.
- Alle Flüchtlingskinder haben ein Recht auf einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beruf. Diese Rechte zu verwirklichen ist gemeinsame Pflicht von Staat und Zivilgesellschaft. In „The best interest of the child“ gilt es alles zu unternehmen, um das Kindeswohl zu schützen und die Interessen der Kinder durchzusetzen.
- Die flächendeckende Umsetzung von alters- und bedarfsgerechten Sprachförderangeboten in allen Schulen sicherstellen.
- Für Kinder und Jugendliche bedeutet die lange Aufenthaltszeit in Sammelunterkünften eine erhebliche Missachtung ihrer Rechte. Deshalb fordern wir die sofortige kommunale Zuweisung von Familien mit Kindern.
- .....